

Handelsblatt **EADS unterbreitet "letztes Angebot" für Airbus A400M**

BERLIN - Im Streit um die Finanzierung der Milliarden- Mehrkosten beim Militärtransporter Airbus A400M verschärfen der Hersteller EADS/ Airbus und die Käuferländer laut einem Pressebericht die Gangart. EADS habe den sieben europäischen Regierungen ein "letztes Angebot" für den Kauf der 180 Militärtransporter präsentiert, berichtet das "Handelsblatt" (Donnerstag) und beruft sich auf Verhandlungskreise.

Demnach beharrt der Konzern auf den bereits zusätzlich geforderten 5,2 Milliarden Euro, was die Gesamtsumme des Projektes auf 25,2 Milliarden Euro schrauben würde. Zusätzlich sollen die Preisgleitklauseln von 1,9 Prozent auf 3,0 Prozent pro Jahr angehoben werden. Auf dieses Paket sei der Konzern aber bereit, einen "Rabatt" von insgesamt 800 Millionen Euro zu gewähren. Die A400M-Kunden lehnen diesen Vorschlag nach wie vor ab.

"Völlig unangemessen"

"Wir sind auf ein solches Angebot erst gar nicht eingegangen," hieß es dem Blatt zufolge gestern in Berlin. Zwar habe man eine Prüfung zugesagt, man halte indes die Forderungen für "völlig unangemessen" heiße es in Regierungskreisen. Stattdessen hätten die Kundenstaaten ihrerseits Konsequenzen gezogen.

Fortan wolle man nicht mehr allein mit dem französischen Konzernchef Louis Gallois und Airbus- Chef Tom Enders verhandeln, sondern stets auch mit dem EADS- Verwaltungsrat. Diesem habe man jetzt erstmals ein schriftliches Angebot übermittelt.

Nach Informationen der Deutschen Presse- Agentur dpa sind die Länder bereit, unter bestimmten Voraussetzungen insgesamt bis zu 2,0 Milliarden Euro nachzuschießen. Dies verlautete am Mittwochabend aus dem Haushaltsausschuss des Bundestages nach einer Anhörung mit Vertretern des zuständigen Verteidigungsministeriums.

Stillhalteabkommen

Die Verhandlungen sollen den Angaben zufolge am nächsten Dienstag fortgesetzt werden. Eine Lösung könnte sich demnach noch bis Ende nächster Woche oder gar länger hinziehen. Dies wäre allerdings nach Ablauf einer wichtigen Frist: Die Partner hatten ein Stillhalteabkommen bis 31. Januar dieses Jahres verabredet.